

Die Prioritäten in Burgdorf sind zwingend zu ändern! Das galt schon vor der Corona-Krise – jetzt aber erst recht!

Anfang 2019 forderte Mario Gawlik, Vorsitzender des FDP-Ortsverbandes Burgdorf-Uetze, in Übereinstimmung mit den Parteimitgliedern, die teuren Beschlüsse der Ratsmehrheit um SPD und Bündnis 90/Die Grünen zurückzunehmen, um die Leistungsfähigkeit der Stadt Burgdorf wieder herzustellen und nicht alles dem IGS Neubau unterzuordnen. Seitdem haben ihm viele Bürgerinnen und Bürger bei unterschiedlichen Gelegenheiten Fragen gestellt. Eine aktuelle Auswahl soll hier beantwortet werden.

Die Corona-Krise stellt für alle eine große Herausforderung dar, wie geht es Ihnen in dieser unsicheren Zeit?

Uns geht es den Umständen entsprechend gut. Ich arbeite seit einigen Wochen im Home Office. Dadurch, dass meine Kollegen und ich diese Möglichkeit bereits seit Jahren nutzen, ist das für uns gebaute Praxis.

Wie funktioniert die Parteilarbeit in diesen Zeiten?

Die funktioniert sehr gut! Bei uns steht das Thema Digitalisierung nicht nur im Parteiprogramm, wir leben es auch schon seit Jahren und nicht erst jetzt, wenn uns eine Pandemie dazu zwingt, uns mal damit zu beschäftigen. Vor dem Hintergrund, dass viele aktive Mitglieder der FDP noch voll im Berufsleben stehen, wäre die Organisation der Kommunalwahl 2016 oder der Bürgermeisterwahl 2019 ohne entsprechende Techniken gar nicht möglich gewesen.

Was bereitet Ihnen am meisten Sorge?

Die Corona-Krise und ihre Folgen. Die Krise wird auch auf Burgdorf massive Auswirkungen haben. Die Folgen kann man heute noch gar nicht abschätzen, da das Virus noch lang unser Leben beeinflussen wird. Was man heute aber bereits sagen kann, ist, dass wir spätestens in einem Jahr erhebliche sozial-medizinische Folgen sehen werden und schon jetzt existenzbedrohende wirtschaftliche Auswirkungen auf viele Selbstständige und Mittelständler gegeben sind. Auch die Stadt Burgdorf wird zeitnah sehr hart und nachhaltig getroffen werden.

Die Kommunalaufsicht hat die Stadt vor Kurzem daran erinnert, dass sie zum wiederholten Mal feststellen musste, dass die dauernde Leistungsfähigkeit der Stadt Burgdorf gemäß § 23 Nr. 1 und 2 GemHKVO nicht als gegeben angesehen werden kann. Wie beurteilen Sie die aktuelle Situation?

Die Situation hat sich dramatisch verschlechtert! Laut dem bereits vor der Corona-Krise erarbeiteten Nachtragshaushalt 2020 inkl. Investitionsplanung

bis 2023 wird die Stadt zum 31.12.2023 – wie bereits 2019 vorausgesagt – ca. 183 Millionen Euro Geldschulden haben. Das Fatale ist aber, dass eine ganze Reihe von Investitionen dort gar nicht mehr vollständig enthalten sind und auf der anderen Seite die Kosten für den IGS Neubau explodieren. Summiert man die dem IGS Neubau zuzuordnenden Positionen kommt man schon – ohne die nicht enthaltenen Kosten für die Oberstufe – auf ca. 60 Millionen Euro! Dabei wird es aber nicht bleiben – ich schätze die Gesamtkosten werden bei mehr als 80 Millionen Euro liegen – zu viel für die Stadt Burgdorf, schon vor der Corona-Krise – jetzt erst recht!

Was ist denn aus Ihrer Sicht nicht mehr vollständig im Nachtragshaushalt 2020 bzw. in der bisherigen Investitionsplanung bis 2023 enthalten?

Es fehlt z. B. die Gesamtinvestition für den Neubau der Gudrun-Pausewang-Grundschule. Ich erinnere daran, dass der gesamte Rat gegenüber den Schülerinnen und Schülern – aber auch gegenüber den Eltern und Lehrern im Wort steht, nachdem der ursprüngliche GPGS-Neubau nicht bezogen, sondern den anderen Schulen zur Nutzung überlassen wurden.

Weiter ist die Zusammenlegung der städtischen Bauhöfe nicht mehr vollständig enthalten. Ich erinnere mich, dass Herr Baxmann die Zusammenlegung forderte, da die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den aktuellen Räumen unter menschenunwürdigen Bedingungen arbeiten würden!

Aber auch die Anschaffungen des benötigten Gerätewagens und des Logistikfahrzeuges für die Feuerwehr wurden in die Zukunft geschoben, obwohl die Verwaltungsspitze in den Jahreshauptversammlungen der Freiwilligen Feuerwehren freimütig erklärt „(...) dass die Freiwilligen Ortswehren auch in Zukunft trotz prekärer Haushaltslage zum professionellen Abarbeiten ihrer Aufgaben befähigt sein müssen“.

Was ist aus Ihrer Sicht zu tun?

Bei einer prognostizierten Verschuldung Ende 2023 bei mehr als 180 Millionen Euro – wenn die Kommunalaufsicht die kommenden Haushaltssatzungen überhaupt noch genehmigt – müssen wir an die Großinvestitionen heran! Die durch die Corona-Krise drohenden Steuerausfälle sind in der vorliegenden Planung ja noch gar nicht berücksichtigt.

Auch die derzeit geschlossen Schulen zeigen uns eindeutig, dass wir nicht 80 Millionen Euro in einen Neubau und damit in Beton investieren sollten,

sondern in eine gute Infrastruktur aller Burgdorfer Schulen – die Form der Wissensvermittlung wird sich deutlich verändern – wir müssen heute die Voraussetzungen für z. B. ein Homeschooling für alle Burgdorfer Schülerinnen und Schüler schaffen.

Der Ansatz der Verwaltung die bereits 2018 beschlossene Errichtung einer Bedarfsampel zur Schulwegsicherung in Hülptingsen nicht zu installieren, um damit 10.000 Euro zu sparen oder die vom Bürgermeister vorgeschlagene deutliche Erhöhung der Parkgebühren um 20 %, um in Summe jährlich 40.000 Euro mehr einzunehmen sind überhaupt nicht geeignet, die dauerhafte Leistungsfähigkeit der Stadt Burgdorf wieder herzustellen. Gleiches gilt für den Antritt des Bürgermeisters weitere 10.000 Euro durch die Einführung einer Sondernutzungsgebühr z. B. für Außenbewirtschaftung, Verkaufsstände und Warenauslagen zu erwirtschaften.

Gerade die beiden letztgenannten Sicherungsmaßnahmen sollten umgehend gestrichen werden, damit nicht weitere Kaufkraft aus Burgdorf abfließt und die bereits stark durch die Corona-Krise gebeutelten Einzelhändler belastet werden.

Im Wahlkampf hat Armin Pollehn als CDU-Kandidat angekündigt, dass er ein vernünftiges, mehrstufiges Finanzkonzept vorstellen wird, auf dem in den nächsten Jahren aufgebaut und Neues entwickelt werden kann. Armin Pollehn ist nun seit mehr als 100 Tagen im Amt – er sollte nun schnellstmöglich seinen Ankündigungen Taten folgen lassen und liefern. Burgdorf wartet angesichts der Finanzsituation insbesondere auf die Einlösung dieses Wahlversprechens.

Es gibt also große Herausforderungen für Burgdorf. Wie ist vor der aktuellen Situation Ihr Blick auf die Diskussion bzgl. der Ratsgröße für die nächste Wahlperiode?

Hier stehen bei uns zwei Überlegungen im Vordergrund. Zum einen werden die Themenstellungen immer vielfältiger und komplexer für die der Rat zuständig ist.

Je weniger Mandatsträger sich mit den Themen beschäftigen, um so mehr Last hat jeder Einzelne zu tragen. Aus unserer Sicht kann dieses dazu führen, dass der Rat damit seinen eigentlichen Aufgaben nicht gerecht wird – ein „passt schon“ darf es in Zukunft nicht mehr geben.

Zum anderen sind die Ratsmitglieder ständig Ansprechpartner für die Bürger und sollten möglichst viele Kontakte nicht nur in der Kernstadt, sondern

auch in den Ortschaften pflegen. Nur so ist eine vernünftige Kommunikation zwischen Rat und Einwohnern von Burgdorf möglich. Deshalb sind wir Freien Demokraten strikt gegen eine Verkleinerung des Rates.

Was wünschen Sie sich für die Zukunft?

Verantwortliches Handeln zeichnet sich dadurch aus, dass man die Folgen dessen, was man tut, so gut es geht, vorausdenkt. Die Parteimitglieder und ich, wünschen sich genau dieses für die Zukunft.

Wenn man erkennt, dass sich spekulative Einsparungen, z. B. 270.000 Euro bei der Einführung von Schließzeiten in den Kindertagesstätten während der Sommerferien, überhaupt nicht realisieren lassen, die betroffenen Fachfrauen und -männer sich bei diesem Beispiel auch aus pädagogischen Gründen gegen solche Schließzeiten aussprechen, dann reagiere ich und streiche diese Maßnahme zum Wohle der Kinder, der betroffenen Erzieherinnen und Erzieher sowie der Eltern.



Mario Gawlik
Vorsitzender des FDP-Ortsverbandes Burgdorf-Uetze